

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

193 (19.7.1924) 1. und 2. Blatt

Badischer Beobachter



62. Jahrgang Karlsruhe, Samstag, den 19. Juli 1924 1. Blatt Nr. 193

Zweiter Tag der Londoner Konferenz.

Ergebnislos.

Paris, 18. Juli. Die Arbeiten der Konferenz haben, soweit es sich um die Verfehlungen Deutschlands und um die Sanktionen handelt, gestern Abend zu keinem Ergebnis geführt. Die Aussprache der ersten Kommission, die sich hauptsächlich mit dieser Frage beschäftigt, dauerte von 3-6 Uhr und war durch französische Vorschläge und englische Gegenentwürfe gekennzeichnet. Der Bericht über den Verlauf der Sitzung nachstehenden Bericht: Peretti della Rocca unterbreitete den Bericht, wonach der amerikanische Bürger durch einstimmigen Beschluß der Reparationskommission für die Dauer von fünf Jahren zu ihrem Mitglied ernannt wird und an sämtlichen Abstimmungen über Verfehlungen teilzunehmen hat. Im Verlaufe einer von der Reparationskommission festgestellten Vernehmung werden die Regierungen sich verpflichten, um sofort wirksame Sanktionen zu ergreifen. Diese Verfehlungen müssen den Sanktionen ein Ende setzen, die erneuert, namentlich die Auslieferung des Sachverständigenberichts sicherstellen und ferner sowohl die Interessen der Anleihegeber wie auch die gerechte Wiedergutmachung der von den verbündeten Ländern erlittenen Schäden sichern. Der englische Schatzkanzler Snowden erklärte darauf, er könne sich mit diesem Text nicht einverstanden erklären und man müsse überhaupt zwischen Verfehlungen gegen den Versailler Vertrag und Verfehlungen gegen den Sachverständigenbericht unterscheiden. Peretti della Rocca antwortete darauf, die franco-englische Note vom 9. Juli halte die Rechte der Reparationskommission aufrecht. Snowden erklärte weiter, daß diese Note die alliierten Regierungen nicht verpflichte. Schließlich brachte der englische Schatzkanzler einen Gegenentwurf ein, der vorsieht, daß, wenn die Reparationskommission sich nicht in der Lage befindet, den amerikanischen Bürger einstimmig zu ernennen, er von dem Präsidenten des Saager Schiedsgerichtshofs ernannt wird. Das Projekt Snowdens enthält folgende Stelle: Keine Maßnahme, welche die wirtschaftliche oder finanzielle Einheit Deutschlands berührt oder eine Beschränkung des Geldverkehrs nach sich zieht, wird ergriffen, ohne daß der Generalagent der Zahlungen und der Treuhänder der auswärtigen Aktieninhaber mitgeteilt haben, daß Deutschland sich dieser Verfehlungen zu schulden kommen ließe. Der Bericht stellt fest, daß der englische Vorschlag in scharfem Widerspruch mit der französisch-englischen Note vom 9. Juli stehe und die Autorität der Reparationskommission in weitgehendem Maße beeinträchtige. Ferner verstoße er gegen den Text des Versailler Vertrags.

Die Arbeit der Kommissionen.

London, 18. Juli. Die Arbeiten der Konferenz von London sind gestern nachmittag von zwei der dortigen ernannten Unterkommissionen fortgesetzt worden. Die erste Kommission, deren Aufgabe die eingehende Erörterung der §§ 5c und 5d des deutsch-französischen Memorandums vom 9. Juli ist, hat die Schaffung einer Körperschaft, die im Falle einer Verfehlung gegen den Sachverständigenbericht angerufen werden soll, trat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des englischen Schatzkanzlers Snowden in Anbetracht zu einer Sitzung zusammen, während die dritte Kommission, welche der § 5e des genannten Memorandums verleiht (Abrechnung der deutschen Zahlungen, insbesondere der sogenannten Transferzahlungen) unter dem Vorsitz von Sir Robert Kindersley eine Sitzung abhielt. Die zweite Kommission arbeitete heute nicht, wird aber morgen vormittag unter Vorsitz des englischen Kolonialministers Thomas zusammenzutreten. Wie verlautet, haben diese Kommissionen, welche die grundlegenden Arbeiten der Konferenz zu erledigen haben und denen sowohl die Hauptkriterien wie auch die Sachverständigen der alliierten Staaten angehören nach englischer Auffassung in ihren heutigen Sitzungen durchaus befriedigende Fortschritte auf dem Wege der gemeinsamen Verständigung über die vorliegenden Probleme erzielt. Es ist möglich, daß angesichts des Umstandes, daß die meisten Hauptdelegationen die Kommissionen angehören, heute keine Vollendung der Konferenz stattfinden wird.

Der 2. Ausschuss das Zentrum des französischen Widerstandes.

Berlin, 18. Juli. Der Londoner Korrespondent der Reichs-Zeitung weiß unter dem 17. von einem Aufkommen zwischen französischer und englischer Auffassung in der letzten Sitzung des zweiten Ausschusses zu berichten, der sich hauptsächlich mit dem Abbau der wirtschaftlichen Sanktionen befaßt. Danach haben mehrere englische Mitglieder dieses Ausschusses die Beratungen damit eingeleitet, daß sie hervorzuheben haben, daß eine vorläufige Verabschiedung des Dawes-Planes, eine baldige Aufhebung der internationalen Anleihe und eine mögliche reibungslose Annahme und Ausführung der deutschen Werke nur dann in Aussicht stehen können, wenn der Abbau der französischen Wirtschaftssanktionen gleichzeitig mit der Anwendung der Bestimmungen des Dawes-Planes erfolgt. Seydoux, der als den französischen Standpunkt den guten Willen der französischen

Regierung vertritt, zur beschleunigten Anwendung des Dawes-Planes beizutragen, konnte keinerlei sachlich befriedigendes Entgegenkommen in Aussicht stellen. Seine Argumentation kann dahin zusammengefaßt werden, daß Frankreich, als das am meisten geschädigte siegreiche Land nicht in der Lage sei, dem Besiegten bestimmte Verpflichtungen zu machen bezüglich eines raschen und befristeten Abbaues der Sanktionen. Erst müsse man sich davon überzeugen, wie eilig es Deutschland mit der Anwendung des Dawes-Planes meine, bevor man sich von wirtschaftlicher Seite darüber schlüssig werden könne, in welchem Tempo die wirtschaftlichen Sanktionen abzubauen seien. Seydoux versprach dann, der Kommission ins einzelne gehende französische Vorschläge über den Abbau der Sanktionen heute (Donnerstag) nachmittag vorzuschlagen. Morgen (Freitag) vormittag wird die Kommission in die Beratung dieses Vorschlages eintreten. Es hat den Anschein, als ob Frankreich seinen Widerstand gegen eine reibungslose Anwendung des Dawes-Planes nicht im 1. Ausschuss, wo die Amerikaner keine wichtige Rolle spielen, zur Geltung bringen sucht, sondern im zweiten Ausschuss, in dem es Seydoux einfaßt hat, die Bedingungen der wirtschaftlichen Mäßigung zum Zentrum seines Widerstandes zu machen gedenkt. Da der in Aussicht gestellte französische Vorschlag nach Mitteilung der französischen Delegation erst heute Abend fertig werden kann, so wird der zweite Ausschuss erst morgen (Freitag) wieder zusammentreten.

Die Unterbreitung der Öffentlichkeit.

London, 18. Juli. Auf eine Anfrage erklärte Keynes im Unterhause, daß gleich nach der Eröffnung der Londoner Konferenz darüber verhandelt worden sei, in welcher Weise die Öffentlichkeit über den Gang der Konferenz unterrichtet werden soll. Es wurde beschlossen, daß der Generalsekretär der Konferenz nach jeder Vollziehung ein Communiqué herausgeben werde, dessen Länge durch keinerlei Vorschriften irgendwie beschränkt worden sei.

Amerikanische Bedingungen.

Paris, 18. Juni. Der nach London enttandene Sonderberichterstatter des Matin berichtet über eine Unterredung mit Owen Young, in der er die Bedingungen angab, unter denen die amerikanischen Geldgeber sich zur Zeichnung der 800 Millionen-Anleihe bereitfinden würden. Diese Bedingungen lassen sich zu nächststehenden Punkten zusammenfassen: 1. Abschluß eines von allen Beteiligten freiwillig anerkannten Abkommens, das jede Intervention des Auslandes in Deutschland ausschließt; 2. die Zusage, daß die zur Abtragung der Zinsen des Anleihebetrages verwandten Einkünfte nicht beschlagnahmt werden dürfen. Young sagte in der Besprechung dann noch folgendes: Wir sehen, man will vom praktischen Standpunkt aus durch Aufnahme eines amerikanischen Mitgliedes in die Reparationskommission zur Feststellung und endgültigen Beurteilung der deutschen Verfehlungen den Anleihegebern die Gewissheit geben, daß Sanktionen nur nach reiflicher Überlegung der Alliierten und dann im allgemeinen Interesse der Gläubiger ergriffen werden. Außerdem müssen die Verbündeten, bevor sie sich trennen, in das Protokoll noch die Formel aufnehmen, daß selbst im Falle gemeinsamer und gerechter Sanktionen die Pfänder der Anleihe nicht angegriffen werden. Trifft es zu, fragte der Berichterstatter weiter, daß die Sachverständigen die Geldübertragung von einem Staat auf den anderen für Induzible halten? Antwort: Das kann niemand behaupten. Es handelt sich hier vielmehr um ein Problem, das nur an Hand der Erfahrungen gelöst werden kann. Wir haben während der Abfassung des Sachverständigenberichts bereits vom ersten Tage an die große Bedeutung dieses Problems besonderer Aufmerksamkeit gewidmet. Auf jeden Fall wird Frankreich, ohne daß es sich überlegen muß, in diesen Tagen zweifellos die Mittel finden, um das Guthaben, das es in Deutschland aufgrund der Reparationszahlungen besitzt, nutzbar zu verwerten.

Um die Einladung Deutschlands.

Paris, 18. Juli. Der Londoner Sonderberichterstatter der Liberté telephoniert seinem Blatt in britischen Kreisen scheinbar hinsichtlich der Einladung an Deutschland ein wesentlicher Umschwung eingetreten zu sein. Während vorgestern noch die Meinung vorherrschte, daß Deutschland sofort eingeladen werden müsse, habe man es gestern weniger eilig. Ein einflussreicher englischer Sachverständiger habe in der Halle eines großen Hotels erklärt, es sei vielleicht richtiger, die Ergebnisse, die von den Kommissionen unternommenen Arbeiten abzuwarten. Von französischer Seite wird behauptet, daß, wenn

die Konferenz bis Ende dieser Woche einen günstigen Erfolg nähme, die Deutschen Montag abgeben würden, in London zu erscheinen. Man hält in Pariser Kreisen die letztere Meinung für die wahrscheinlicher.

Die Beteiligung der Dominions.

London, 18. Juli. Kolonialminister Thomas gab heute im Unterhause eine Erklärung über die Frage der Beteiligung der Dominions an der Londoner Konferenz ab. Er teilte mit, daß zwischen der englischen Regierung und den Regierungen der Dominions ein Schriftwechsel stattgefunden habe, aus dem hervorgeht, daß es den Dominions nicht möglich geworden wäre, rechtzeitig zur Eröffnung Delegationen zu entsenden. Die Angelegenheit sei jetzt dahin geregelt worden, daß jedes Dominion, das sich an der Konferenz zu beteiligen wünsche, noch ein Mitglied in die britische Reichsdelegation entsenden könne. Hierdurch würde gewährleistet, daß jedes Dominion, das dies wünsche, aber alle Arbeiten der Konferenz auf dem laufenden gehalten würde. Der Minister ging dann in seiner Erklärung auch noch auf den Wunsch Canadas ein, zur Londoner Konferenz zugelassen zu werden und stellte fest, daß auch Canada über alle Vorgehens der Konferenz aus erster Hand informiert werde.

Das deutsche Memorandum zur Londoner Konferenz.

London, 17. Juli. Der Londoner Korrespondent des Sozialdemokratischen Parteiendienstes teilt Einzelheiten über ein Memorandum mit, das dem englischen Ministerpräsidenten von der Reichsregierung am Mittwoch überreicht worden sei. Hierzu wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß es selbstverständlich ist, daß die deutsche Regierung Gelegenheit genommen hat, sowohl der englischen wie den übrigen alliierten Regierungen ihren Standpunkt über die verschiedenen zur Diskussion stehenden Fragen auseinanderzusetzen. Die Mitteilungen des Sozialdemokratischen Parteiendienstes geben jedoch, so betont man, von der Stellungnahme der Reichsregierung kein richtiges Bild.

Macdonald für Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

London, 18. Juli. Es verlautet, daß Macdonald daran denke, erneut diplomatische Versuche einzuleiten, um auf die deutsche Reichsregierung im Sinne eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund hinzuwirken.

Pessimismus in Rom.

Rom, 18. Juli. Die Arbeiten der Londoner Konferenz werden hier vorläufig ziemlich skeptisch verfaßt. Die Blätter glauben nicht an einen Erfolg. Das Giornale d'Italia schreibt: Der Verlust einer diplomatischen Sitzung bedeutet an der Auslegung der Franzosen. Die französisch-englische Verständigungsnote kann niemand täuschen. Die Epoca schreibt, in London suche man weniger einen dauerhaften Frieden zu erzielen, als den Versailler Vertrag am Leben zu erhalten. Man spreche mehr von der Einladung Deutschlands, noch von der Räumung der Ruhr, noch endlich von der Betrauung des Völkerbundes mit der Einigung zwischen Siegern und Besiegten.

Die Arbeiten der dritten Kommission abgeschlossen.

London, 18. Juli. Wie verlautet, ist die dritte Unterkommission mit ihren Arbeiten bereits so weit fortgeschritten, daß sie in der Lage ist, der Vollkonferenz heute nachmittag einen Bericht über die Regelung der Transfers-Zahlungen nach dem Dawes-Guthaben vorzulegen. Ebenso hat die Kommission bereits endgültige Vorschläge über die Art jener Körperschaften gemacht, die diese Zahlungen und ihre Verwendung in den alliierten Ländern zu kontrollieren haben werden.

Zusammentritt des zweiten Komitees.

London, 18. Juli. Daily Telegraph berichtet, daß das zweite Komitee heute vormittag 11 Uhr zusammentreten ist. Die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Ruhr-Räumung werden zur Sprache kommen. England wird ein bestimmtes Datum als Tag der Intraffsetzung des Sachverständigenberichts festlegen, wahrscheinlich den 15. August. Das Blatt will wissen, daß die Franzosen im allgemeinen der Auffassung nähergekommen seien, daß das Ruhrunternehmen liquidiert werden müsse. Bei einem günstigen Verlauf der Verhandlungen rechnet man mit einer Einladung Deutschlands zu Anfang nächster Woche. Während die Franzosen den Deutschen wenig mehr zuzugestehen wünschen, als das Recht der Unterdrückung, ist man in englischen und amerikanischen Kreisen anderer Ansicht.

Besprechungen beim Ernährungsminister.

Berlin, 18. Juli. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beriet heute der Ernährungsminister der Länder unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Graf Kanitz über die Mithilfe der finanziellen Überlastung der Landwirtschaft auf Ernte und Abfall. Beraten wurden ferner Maßnahmen zum Absatz der Ernterzeugnisse

und die Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms für die Landwirtschaft im Reich und den Ländern. Nach einer Aussprache des Reichsernährungsministers wurden kurze Referate zu den auf der Tagesordnung stehenden Punkten vorgetragen, woran sich die Aussprache angeschlossen, die den ganzen Tag in Anspruch nahm.

Unterredung v. Hoepschs in Paris.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 18. Juli. Wie wir erfahren, hatte der deutsche Vorkämpfer von Hoepsch in Paris heute vormittag eine Unterredung mit dem stellvertretenden Minister des Heeres Renoult, mit dem er Fragen über die besetzten Gebiete und insbesondere die Ausgewiesenen und Gefangenen betreffend besprach.

Der vernichtete englische Weltflieger.

London, 18. Juli. Ueber das Schicksal des vernichteten englischen Weltfliegers gingen bisher noch keine weiteren Nachrichten ein. Alle bisherigen Nachforschungen waren ergebnislos. Es wird jedoch mit der Möglichkeit gerechnet, daß er eine Zwischenlandung in Broughton bei Ban auf halbem Wege vorgenommen hat.

Der englische Lokomotivführerverband gegen den Streik.

London, 18. Juli. Die gestrige Abstimmung im Lokomotivführerverband ergab eine Ablehnung des Streiks.

Russisch-türkischer Zwischenfall.

Konstantinopel, 18. Juli. Die griechische Zeitung Politika bringt heute eine Nachricht der Radio-Agentur, wonach in Angora der russische Militärattache und der russische Konsul wegen Spionage verhaftet worden seien. Auf eine hierauf erfolgte drohende Note der Sowjetregierung habe die türkische Regierung geantwortet, daß sie nicht nur nicht die Verhafteten freilassen werde, sondern überdies auch die diplomatischen Beziehungen zu Russland abbrechen werde, wenn die kommunistische Propaganda in der Türkei fortgesetzt werde.

Schwere Vergiftung fälle.

(Eigener Drahtbericht.)

Breslau, 18. Juli. In der Dr. Brehm'schen Lungenheilstätte in Göbersdorf in Schlesien sind in den letzten Tagen schwere Erkrankungen zahlreicher Patienten unter Vergiftungserscheinungen vorgekommen. Nach dem Genuss einer Erdbeerpeise am vergangenen Sonntag erkrankten die ersten Patienten unter Vergiftungserscheinungen. Der Oberarzt der Anstalt ist bereits gestorben. Von der Erkrankung sind bis jetzt insgesamt 228 Personen betroffen worden. Davon 190 Patienten und 30 Ärzte und Angestellte. Man nimmt an, daß Darmlähmungen und zwar ähnlich, wie sie bei Fleisch- und Wurfbewertungen vorkommen, in die Erdbeerpeise gedungen sind. Die Untersuchungen sind noch im Gange.

Der Doppelmörder Hundertpfund vor Gericht.

Freiburg, 18. Juli. Die furchtbare Bluttat, die sich im November vorigen Jahres in dem kleinen Schwarzwaldörtchen Saig abspielte, ist noch in aller Erinnerung und soll jetzt vor dem Freiburger Gericht ihre Sühne finden. Der 23jährige Angeklagte Hundertpfund hat eine traurige Jugend durchlebt. Seine Mutter starb früh und der Knabe erhielt von seinem jähzornigen und brutalen Vater mehr Prügel als gute Worte. Schließlich floh er als 16jähriger aus dem elterlichen Hause und trieb sich meist vagabundierend in Süddeutschland herum, nach da und dort und machte bald mit der Gefängnisstrafe Bekanntschaft. In der Strafanstalt erlernte er die Holzschmiederei, die er auch einige Zeit lang ausübte. Als er im Sommer des vergangenen Jahres mit einem Freiburger Mädchen einen Ausflug in den Schwarzwald unternahm, kam er auch an das ziemlich einsam gelegene Gehöft der Küferschleute Köpfer. Er trat mit den beiden Eheleuten in Verbindung und wollte in ihr Geschäft eintreten. Aus diesem Plan wurde aber nichts und Hundertpfund gedachte, sich nun mit Gewalt in den Besitz des Anwesens der Köpferschen Eheleute zu setzen. Er verbarg sich im Stalle und als der alte Mann am frühen Morgen zum Viehhüten kam, wurde er von Hundertpfund erschossen. Die herbeieilende Ehefrau traf das gleiche Schicksal. Die Leichen warf der Mörder in den Brandweiser und hielt sich nun fast zwei Wochen ganz absehbend in dem Anwesen auf, indem er auf die Anfragen der Nachbarn erzählte, das Köpfersche Ehepaar sei abgereist, um Erbschaftsangelegenheiten zu erledigen. Als dem Mörder dann der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, verschwand er, trat in Mex in die Fremdenlegion und wurde in Algerien verhaftet und dann dem deutschen Gericht ausgeliefert.

Sozialpolitik im Reichstag.

Von den Abgeordneten Christine Leusch und Thomas Esser M. d. R. M. d. R.

II.

Die Beratungen zu den einzelnen Anträgen gliedern sich, wie bereits erwähnt, in drei große Gebiete. In der Sozialversicherung galt es eine Erhöhung der Unfall- und Invalidenrenten und der Bezüge für die Wochenhilfe festzusetzen. In der Unfallversicherung wurde durch den Antrag der Mittelparteien erreicht, daß an Stelle der einseitigen Altersrente wiederum die Renten treten müssen, die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechen und zwar mit der Maßgabe, daß für die Renten, die bis zum 1. Januar 1917 festgesetzt wurden, die alten Geldbeträge eingesetzt werden müssen. Die Renten, die nach diesem Termin festgesetzt worden sind, sollen nach dem Jahresarbeitsverdienst berechnet werden, den heute ein gleichaltiger Arbeitnehmer in derselben Gegend bezieht. Die Renten sind mit Wirkung vom 1. Juli 1924 ab festzusetzen. Wir waren uns bewußt, daß die finanzielle Auswirkung dieses Antrages, zu der eine Gesetzesvorlage notwendig ist, den bedürftigen Kreisen der Unfallrentner im Augenblick nicht viel hilft. Darum stellten wir einen weiteren Antrag für die Uebergangszeit, der darin geht, daß die schwerbeschädigten Unfallrentner, also für die Bedürftigen und Fernsten sofort mit rückwirkender Kraft ab 1. Juli eine Sonderzulage von 15 Goldmark monatlich erhalten, sofern sie der gewöhnlichen Unfallversicherung angehören und eine Sonderzulage von 10 Mark monatlich, sofern sie in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung oder der Seberufsgenossenschaft sind.

In der Invalidenversicherung wurde die ärmste Klasse der rentenberechtigten Kreise besonders schmerzhaft empfunden und eingehend Hilfsmassnahmen beraten. Ein dreifacher Weg kam nach dem bisherigen Verfahren und der Grundlage der Gesamterhöhung in Frage: 1. Eine Erhöhung der Leistungen, soweit sie durch Beiträge im Umlageverfahren gedeckt werden können, 2. eine Erhöhung des Reichsausgleichs zu den Leistungen und 3. eine bessere Anwendung der Fürsorgemassnahmen durch Länder und Gemeinden im Sinne der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar dieses Jahres. Eine Vereinfachung der Mittel aus dem erstgenannten Wege konnte leider in den Ausschussberatungen noch nicht endgültig beschlossen werden. In den einzelnen Fraktionen soll noch einmal zu der Frage von Beitragserhöhungen Stellung genommen werden, weil die Ansicht fast aller beteiligten Kreise, sowohl aus den Arbeitnehmern wie Arbeitgeberkreisen dahin ging, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung das Maß des Tragbaren erreicht hätten. Auch die Zentrumsvertreter würdigten diese Bedenken, ließen aber andererseits keinen Zweifel darüber, daß unbedingt ein Weg gefunden werden muß, um die Leistungen für die alten Rentenbezieher zu erhöhen. Der Reichsausschuss wurde durch einen gemeinsamen Antrag unter Führung des Zentrums für die Invalidenrentner von 26 Mark auf 48 Mark und für die Waisenrentner auf 24 Goldmark jährlich erhöht, was eine Mehrbelastung des Reiches um 20 Millionen ausmacht. Die dritte Art der Hilfsmassnahmen, bessere und schnellere Anwendung der Fürsorgepflichtverordnung durch Länder und Gemeinden wurde am letzten Tag der Beratungen von der Zentrumspartei wiederum energig gefordert und eine entsprechende Entscheidung an die Reichsregierung eingebracht. (Siehe unten).

Das letzte Gebiet der Sozialversicherung, auf dem dringende Notstände abzuhelfen waren, war die Wochenhilfe. Hilfe für selbstversicherte und familienversicherte Wöchnerinnen. Die Wochenfürsorge wurde durch die Fürsorgepflichtverordnung den Ländern und Gemeinden übertragen. In der Wochenhilfe sind folgende Sätze erreicht worden: 25 Mark Wochenhilfe für Entbindungskosten, 50 Pfennig Wochengeld und 25 Pfennig Stillgeld pro Tag. Einer besonderen Anregung des Zentrums entsprechend wurde der Antrag angenommen, daß der Kassenvorstand bestimmen kann, das Wochengeld in einen festen Betrag einmalig oder in Teilbeträgen auszugeben, damit die Wöchnerinnen in dieser Zeit der Geldknappheit während der schweren und kostspieligen Tage der Niederkunft sich notwendige Bedarfsartikel für sich

und ihr Kind sofort kaufen können. Auch für die Verwaltungsarbeit der Krankenkassen ist die Abführung von Hausbeiträgen einfacher und billiger. (Schluß folgt.)

Baden.

Die Aufhebung des badischen Arbeitsministeriums.

Der Haushaltsausschuss des Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung, nachdem er zunächst die Angliederung der Beförderungen der badischen Beamten an diejenigen der Reichsbeamten genehmigt hatte und dem vom Staatsministerium einseitig erlassenen Notgesetz über die Fleischsteuer unter Ablehnung eines Antrags auf künftige Freilassung der Hausflächungen zustimmte, mit der Beratung der Hauptabteilung „Staatsministerium“ des Staatsvoranschlags. Staatspräsident Dr. Köhler legte beim Eintritt in die Beratung einen vom Staatsministerium einstimmig angenommenen Gesetzentwurf vor, der in seinem einzigen Artikel bestimmt: „Das Arbeitsministerium wird auf 1. Oktober 1924 aufgehoben. Von dem Geschäftskreis des bisherigen Arbeitsministeriums gehen die seither von der Wasser- und Straßenbaudirektion bearbeiteten Angelegenheiten, sowie die Geologische Landesanstalt an das Finanzministerium, die übrigen Geschäfte an das Ministerium des Innern über.“

Der Staatspräsident erklärte dabei, daß das Staatsministerium durch diesen Gesetzentwurf in der Vereinfachung der Staatsverwaltung einen weiteren Schritt vorwärts gehen wolle. Es verkenne dabei nicht, daß gerade in der heutigen Zeit die vom Arbeitsministerium gepflegten sozialen Belange des Arbeiterstandes von der allergrößten Wichtigkeit seien. Es sei deshalb in Aussicht genommen, das Gewerbeaufsichtsamts beim Ministerium des Innern wieder auf die frühere Höhe zu bringen und ihm die Bedeutung zu geben, die dieses Amt unter einem Böttcherhof und Wittmann gehabt hat. In dem Amt solle all das zusammengefaßt werden, was zum Schutze der sozialen Lage unserer arbeitenden Stände notwendig sei. Es solle herausgehoben und derart ausgestaltet werden, daß es auch künftig wieder — an sein altes Ansehen anknüpfend — vorbildlich werde. Dem durch den Abbau auscheidenden Arbeitsminister Dr. Engler widmete der Staatspräsident Worte größter Wertschätzung und Anerkennung; dabei gab er der sicheren Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, die vorzügliche Arbeitskraft Dr. Englers auch künftig in der Staatsverwaltung zu erhalten.

Die Vertreter der einzelnen Parteien sprachen sich fast überwiegend zustimmend zu dem Gesetzentwurf der Regierung aus. Ein Zentrumsredner wies insbesondere darauf hin, daß die vom Staatspräsidenten bereits hervorgehobene starke Wahrung und Sicherung der sozialen Belange in den Grundgesetzen der Zentrumspartei verankert seien; dem auscheidenden Minister stellte auch er das Zeugnis eines weitschauenden und objektiv denkenden Mannes aus. Eine Verschiedenheit in der Auffassung des Ausschusses ergab sich nur bei der Verteilung der Geschäfte des aufzuhebenden Ministeriums. Ein Antrag des Abgeordneten Weber von der Deutschen Volkspartei wollte eine etwas andere Verteilung. In große eigene geistige Unkosten scheint sich allerdings der Antragsteller nicht gestürzt zu haben, denn im Ausschuss mündelte man allerlei über die Entstehungsgeschichte des von dem Führer der deutschliberalen Volkspartei vorgelegten Entwurfs eines dahingehenden Gesetzes. Wir möchten mit weiteren Mitteilungen über diese peinliche Angelegenheit zunächst zurückhalten. Der Antrag der Staatsregierung, die durch die Art und Weise, wie sie seit Monaten schwebende Frage behandelt, bewiesen hat, daß sie den größten Wert auf Führung legt, wurde schließlich mit 14 Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Kläiber angenommen. Gleichzeitig wurde dem Ministerium des Innern eine neue Ministerialratsstelle zugewiesen, an Stelle einer beim Arbeitsministerium weggefallenen Oberregierungsratsstelle. Man wird in der Annahme wohl nicht fehl gehen, daß diese neue Stelle für den Ausbau des Gewerbeaufsichtsamts bestimmt ist.

Bei dem Titel „Gesandtschaft in Berlin“ beantragte der Abgeordnete Kläiber die Aufhebung

der Gesandtschaft. Ein Zentrumsredner sprach für die Erhaltung aus, weil die Aufhebung tatsächlich nur eine scheinbare Ersparnis wäre. Gerade jetzt müsse der größte Wert auf wirksame Vertretung der badischen Interessen in Berlin gelegt werden. Ob dafür der jetzige Gesandte allerdings der rechte Mann sei, lasse er dahingestellt. Ein demokratischer Redner wies darauf hin, daß die landwirtschaftlichen Organisationen den Bestand der Gesandtschaft in Berlin bei Vertretung ihrer Interessen mehrfach schon recht wohlthuend empfunden hätten. Der Staatspräsident erklärte, daß durch die Aufhebung der Gesandtschaft überhaupt nichts gespart würde, denn drei Reichsratsbevollmächtigte wie bisher müßten wir zur jetzigen Zeit unter allen Umständen in Berlin haben. Der Gesandte sei eben nicht nur Repräsentationsperson, sondern auch Reichsratsbevollmächtigter. Wenn man an der jetzigen Vertretung der Stelle kritisiere, so soll man nicht die Stelle als solche zu befechtigen suchen. Eine ständige Vertretung Badens in Berlin im jetzigen Umfang sei unbedingt notwendig. Ein Uebermaß von Orientierung über die politischen Vorgänge habe die badische Regierung in den letzten Jahren von der Gesandtschaft allerdings nicht erhalten. Die Gesandtschaft wurde schließlich mit 17 Stimmen gegen die Stimmen des Landtages und der Kommunisten genehmigt.

Dr. Sch. Ludwig Frank.

Soeben legte man uns die Broschüre „Ludwig Frank“ vor, also eine Art Würdigung des am 3. September 1914 auf dem Felde der Ehre gefallenen sozialdemokratischen Führers oder „ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie“. Wir fanden nahezu 10 Jahre in scharfem Gegensatz zu dem übertragenden Politiker im Lager des Großblodes. Das hindert uns aber nicht, an dem Gegner das reiche Wissen, die weitgehende Klugheit und die treue Eingabe an seine Sache anzuerkennen. Die vorliegende Broschüre zeigt erst recht, wie die politische Geschichte im allgemeinen und hervorragende Führer im öffentlichen Leben der letzten dreißig Jahre nicht immer die Darstellung und Würdigung finden, die sie verdienen. Immerhin findet man auf den 55 Seiten außer einem vorzüglichen Bild des Vereingenen und einem Facsimile eines Briefes aus der Zeit, da der Verteidiger des Vaterlandes ins Feld rückte, manches, was immerhin einen Blick in das Denken des jugendlichen Führers tun läßt. Wir nehmen an, daß den beiden toten Führern der Sozialdemokratie aus der Ära des Großblodes noch eine eingehendere Würdigung zuteil wird. Die vorliegende Broschüre legt diesen Wunsch nahe.

(*)

Badischer Landtag.

Haushaltsauschuss 18. Juli. (Nachmittagsitzung.) Aufhebung des Arbeitsministeriums. — Annahme des Voranschlags.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wird über den Regierungsentwurf betr. die Aufhebung des Arbeitsministeriums abgehandelt. Die Vorlage wird mit 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Drei Stimmen waren dagegen. Durch die Abstimmung über den Regierungsentwurf sind die Anträge Weber und Maier-Karlsruhe und der Antrag Kläiber für erledigt erklärt mit allen gegen eine Stimme, bei zwei Enthaltungen. Ebenfalls sind die Petitionen mit Bezug auf die Neubildung der Ministerien durch die Regierungsvorlage erledigt. Der Gesamtvoranschlag des Finanzministeriums wird mit allen Stimmen gegen drei Enthaltungen angenommen.

Der Voranschlag der Wohnungsfürsorge, der in wieder ordnungsmäßigen Vollzug zu dem Voranschlag der Amortisationsstufe gehört, wird mit allen Stimmen gegen drei Enthaltungen angenommen.

Es erfolgt die Erledigung einer größeren Anzahl zum Voranschlag des Staatsministeriums gehörenden Petitionen, die teils der Regierung zur Kenntnis überwiesen werden. Eine längere Besprechung erfahren zwei Punkte der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die sich gegen die Ueberführung von ständigen Arbeitern in das Ausführlingsverhältnis und gegen die Uebertragung von Streckenarbeit an Privatunternehmer wenden. Ein Zentrumsredner befürwortet die Anträge und weist auf eine vom Zentrum vor einiger Zeit eingebrachte Resolution hin, welche die Erhaltung der Rechte der badischen, bei der Reichseisenbahn beschäftigten Arbeiter fordert. Von Regierungsseite wird darauf hingewiesen, daß diese Resolution nach Berlin weitergegeben wurde und eingearbeitet wurde in den Gesetzentwurf des Gesellschaftsantrags, der jetzt der Londoner Konferenz vorliegt. Weiter wird von Zentrums-

seite betont, daß die Betriebsicherheit die Beibehaltung der vom Staat angestellten Aufsicherer und Rotenführer für die Streckenarbeit unbedingt fordere. Der Antrag erfährt einstimmig empfehlende Ueberweisung.

Während der Beratung eines Antrags der technischen Beamten bei Stadt und Gemeinde wird von Regierungsseite erklärt, daß vorerst an der 51stündigen wöchentlichen Dienstzeit festgehalten werden müsse, die 45stündige Dienstzeit aber im Prinzip anerkannt bleibe.

Ein von sozialdemokratischer Seite eingebrachter Antrag über die Mißstände in den Beförderungsverhältnissen der Eisenbahnbeamten erfährt längere Besprechung; die zur Kenntnis gebrachten Fälle ungerechter Behandlung werden auch von Zentrumsseite bestritten; und von einem Zentrumsredner bittere Klage darüber geführt, daß die seit 4 Jahren anhängigen strittigen Punkte immer noch keine Erledigung gefunden haben.

Das Gesetz der Kreise um Beteiligung an der Ueberweisung an den Ertragssteuern der Kraftfahrsteuer wird der Regierung zur Kenntnis überwiesen.

Ein Antrag auf Erlassung eines Hebammengesetzes.

Am 14. März 1923 hatten die weiblichen Abgeordneten aller Parteien des Badischen Landtags einen Antrag auf Erlassung eines Hebammengesetzes und auf Altersversicherung alter erwerbsunfähiger Hebammen gestellt. Der Antrag kam nicht mehr zur Verhandlung. Die weiblichen Abgeordneten des Zentrums haben mit einigen männlichen Kollegen den Antrag auf neue eingebracht mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben,

1. den Entwurf eines Hebammengesetzes baldigt vorzulegen;
2. geeignete Massnahmen zu ergreifen, um bis zur Erlassung eines Hebammengesetzes den hauptsächlich tätig gewesen, in Not geratenen Hebammen eine Altersfürsorge zu sichern.

Viele der Frauen, die in den entscheidungsvollen Stunden des Menschenlebens ihre Pflichten auf treueste erfüllt, sind heute in bitterer Not. Es ist Pflicht der Volksgemeinschaft, sie vor einem darbenenden Alter zu schützen.

Eine gesetzliche Regelung des Hebammenwesens wird seit Jahren von den Berufsangehörigen des Hebammenstandes, den Ärzten und den Witzlern gefordert. Es ist zu wünschen, daß die Regierung bald dem Landtag eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zugehen läßt.

Im Haushaltsauschuss des Landtags wurde gelegentlich der Ausprache über Gewerbe- und Handelssteuern zwei vom Zentrum gestellte Anträge mit großer Stimmeneinheit und unter ausdrücklicher Zustimmung von Sprechern verschiedener Fraktionen und Gruppen angenommen. Infolge ungenauer Vertretung war in einigen Zeitungen die Auffassung der Gewerbebesitzer, daß diese Anträge nur zugunsten derjenigen Gewerbebesitzer gingen, die volle akademische Vorbildung haben. Dem ist nicht so. Die vom Zentrum gestellten und vom Ausschuss angenommenen Anträge betreffen vielmehr die Gesamtheit der Gewerbe- und Handelsbetriebe ohne Unterschied. Da in beteiligten Kreisen hierwegen eine gewisse Unsicherheit entstanden ist, soll diese Tatsache hier zur Vertichtigung ausdrücklich festgestellt werden.

Deutschland.

Regierungsbildung und Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 18. Juli. Unter Hinweis auf hier umlaufende Gerüchte über eine etwaige Regierungsumbildung im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstags teilt die Zeit mit, daß im Ernst niemand daran denkt, diese Frage in einer Zeit aufzuwerfen, in der es sich um die Lösung der wichtigsten außenpolitischen Probleme handelt. Das Blatt fügt hinzu: Sowie wir unterrichtet sind, hat eine Aussprache im Kabinett ergeben, daß innerhalb der Reichsregierung über diese Frage vollkommene Uebereinstimmung besteht.

Die Schutzollvorlage im Reichstag.

Berlin, 18. Juli. Der Reichsrat tritt heute nachmittags 5 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Schutzollvorlage der Reichsregierung. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, wird zunächst die Absehung dieses Punktes von der Tagesordnung beantragt werden, so daß es zur Vertagung kommen dürfte.

Der Siezbach.

32) Erzählung von Clara Philipp.

Frau Schieblich öffnete ein kleines altmodisches Medaillon, das sie an einem feinen Venezianerketten um den Hals trug. Und in der Tat, der jugendliche, dunkle Frauenkopf, den das kleine Eisenbeinergemälde darstellte, wies eine auffallende Ähnlichkeit mit Margaret auf. Diese hätte weit eher eine Tochter der Verstorbenen sein können als Sanni, die außer den goldenen Augen keinen Zug von ihrer Mutter zu haben schien.

„Ja, es ist wirklich eine merkwürdige Ähnlichkeit“, gab Margaret zurück. „War ihre Mutter eine Norddeutsche?“

„Sie stammte aus Harzburg.“

„Welcher Unfall, auch meine Mutter war nicht weit davon zu Hause. Sie war Braunschweigerin, verheiratete sich aber nach Heffen. Da kann wohl ein wenig Stammverwandtschaft mitliegen. Ihre Mädchennamen war Margaret von Neurode.“

„Et sieh!“ — die Augen der kleinen Frau leuchteten freudig auf. — „dann sind wir doch ein wenig blutsverwandt, denn meine Mutter hatte eine Tante Neurode. Ich fand unter alten Sachen, die ihr gehörten, ein paar Briefe, die unterzeichnet waren: Deine alte Tante Sabine Neurode. Welch ein Zusammenreffen!“

„Ja, wunderbar.“ lächelte auch Margaret, und in warumem Tone fügte sie hinzu: „Ich freue mich wirklich darüber.“

Sie reichte Frau Schieblich freudig die Hand. Auch der Rat geruhte, seinen Weisfall über die Verwandtschaft kundzugeben. Sie war zu vornehm genug. „Das Ereignis sollten wir eigentlich in Seft feiern. Frau Kusine“, schlug er in jovialen

Ton vor. Aber Margaret lehnte ab. Ihr war nicht nach Feiern zumute...

Fast eine Woche war seither vergangen. Margaret sah das Ehepaar täglich. Die Beziehungen zwischen ihr und der kleinen Frau nahmen infolge der entdeckten Verwandtschaft an Herzlichkeit zu. Indes konnte sie nicht verkennen, daß der jungen Frau etwas sein müsse. Von Tag zu Tag schien sie sich mühsamer hinzuschleppen. „Willst du dir nicht ein wenig mehr Schonung auflegen?“ mahnte Margaret einmal. „Oder besser, vertraue dich doch Dr. Sarner an; mir scheint wirklich, du bedürftest ärztlichen Rates.“

„Ach“, lächelte Frau Schieblich, aber es war ein recht geisterhaftes Lächeln, „ich mag meinen Mann nicht ängstigen. Er kann socht nicht mehr schlafen, wenn ihn etwas aufregt. Und“, ein Geser der Erleichterung begleitete diese Worte, „es ist ja nun auch bald überstanden. Montag reisen wir... Wenn ich nur schon dabei wäre“, setzte sie wie von einer plötzlichen Angst ergriffen hinzu.

Am nächsten Abend stand Margaret noch spät an ihrem Fenster und sah in die blaue Nacht hinaus. Die Dächer in Garten und Hotel waren erloschen, und die silberne Mondscheibe beherrschte Himmel und Land. Ueber das Wasser baute sie eine glitzernde Brücke hinüber zur Stelle, wo die Stadt mit ihren tausend Rächteraugen hingelgte. Der Platz vor dem Haus war in kaltes weisses Licht getaucht. Von den Balkonen über der leuchteten die Blumen so farblos und star als seien sie aus Kläiber gefertigt. Dunkel wie in Lotentränen umstand sie das Raub.

Ueber Margaret kam wie ein leises Grauen. Ein gespenstischer Schauer durchrieselte sie, und ihr mar, als höre sie den Schritt eines unerklärlichen

Schicksals. Eng legte sich ihr ums Herz. Was mochte sein? War wohl Kurt etwas zugestochen? War er am Ende gestorben, und seine Seele konnte nicht von der Erde loskommen, weil etwas ihn hindern hielt, eine eigene ungeübte Schuld oder eine fremde...? Margaret drehte die Hände auf das zuckende Herz und starrte in die Nacht hinaus, als ob sie dort etwas erblicken müßte, etwas Entschliches...

Und da sah sie, wie von der Pension droben ein kleiner Zug herabkam. Scharf umrissen die Mondstrahlen die Gestalten, sie erkannte Dr. Sarner, den Assistenzarzt und den Regierungsrat. Zwei der Hausburden aber trugen eine Kasse mit einer verdeckten Gestalt! — Frau Sanni, wußte Margaret sofort.

Sie erschrak so, daß sie ganz hilflos wurde. Trug man die arme Frau schon tot fort, oder war sie krank?

Margaret flog die Treppe hinab und rief ein Fenster auf. Die Tür war schon verschlossen.

„Was ist's mit Sanni?“ rief sie in bebender Angst.

Verwundert blickte Sarner auf. „Woher wissen Sie's denn?“

„Ich hab's ja kommen sehen!“ klagte Margaret außer sich und schwang sich über die mehrere Fensterbrüstung ins Freie. „Frau Sanni sieht sich schon die ganze Zeit nicht wohl. Diese Anstrengungen waren zuviel für sie. Das mußte ja ein Wunder sein!“

Der Rat, der ein paar Schritte von ihr entfernt ging, zuckte heftig zusammen und senkte den Kopf. „Doktor, ist's wirklich schlimm?“ fragte er mit schwankender Stimme den Assistenzarzt.

Reisatore nickte nur.

Man brachte die Kranke hinüber nach Dr. Sar-

ners Haus. Er hatte gleich sein Gästtübchen angeboten. Ein Telegramm an ihre nächste Adresse sollte seine Frau zurückrufen. Von einem Transport nach dem Hospital der Stadt konnte keine Rede sein, denn die Kranke liebte heftig und der Randweg war schlecht und holperig. Der Zusammenbruch Frau Sannits war ganz unerwartet gekommen. Nach am Nachmittag war sie mit ihrem Mann im Wald gewesen, freilich sich schon recht wenig wohl fühlend. Und gerade als sie zu Tisch gehen wollten, war sie von einem furchtbaren Schüttelfrost erfaßt worden. Seitdem wand sie sich in Qualen. Was daraus werden würde, konnte noch keiner sagen.

Es entwickelte sich eine Nierenentzündung. Die beiden ersten Tage hindurch litt die Kranke schwer. Dann setzte die Krämie ein, und nun wurden ihre Fieberphantasien meist heiter und licht. Nur eines schien sie zu beunruhigen: beständig rief sie nach ihrer Mutter. Vergebens suchte man ihr Klar zu machen, daß diese ja längst tot sei, schmerzhaft und sehnsuchtsvoll verlangte sie immer wieder nach ihr. „Ich hab's ja gesehen, drüben am Siezbach! Sie ist doch schon wochenlang hier!“ behauptete sie beharrlich.

Und diese Worte brachten den Rat auf die rechte Spur. Er erinnerte sich wieder des kleinen Zwischenfalls, der die entfernte Verwandtschaft zwischen Margaret Eggeberg und seiner Frau an's Licht gebracht hatte, und verständigte die Ärzte davon. Nun bat Dr. Sarner Margaret, ins Krankenzimmer zu kommen. Anfangs hatte der Doktor nicht erlauben wollen, daß sie, die selber noch schonungsbedürftig war, sich im Krankenzimmer aufhalte. Nun aber glaubte er nicht länger zögern zu dürfen. Vielleicht vermochte sie es, die Fiebernde zu beruhigen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein ägyptischer

Berlin, 18. Juli. Ein ägyptischer Konsul am Reichstag hat an die Reichsregierung eine Petition über die Aufhebung der Kasse für ägyptische Konsuln eingereicht.

Seine Sekretäre bei der Reichsregierung wohnt hatte, e angeblich soll die gierung geband gabe darüber. Polizei in der Studenten verteidigungene Schrupel-Union hier Konsul am Reichstag über die betreffende Bohungsinhaber beabsichtigte gegen diesen Ust die Weidwer us von zukünft fest gegen das n o b e g u n d schreiten gegen die, wie ihre bi der ägyptischen innerlich sich noch anhaltenden. Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Frankfurt a. handelt es sich getrennen Reichs jahrelang im A den Vernehmung. Goldmark einem ihm bei Lösung von W Summen aus waltung anderer Der Malter, soll Stütz ließ, soll Schweiz gestiftet auf es ging, z ist man jedoch gekommen. M sich in eine ne jetzt noch weilt.

Die Unterhlag

Ein Anfang.

Von unserem Berliner Börsen-Mitarbeiter. Die gegenwärtige Geldmarktlage ist völlig abnormal. Die Börse hat genügend freie Mittel, Handel und Industrie dagegen leiden...

Linie zusammen mit der Regelung der jetzt schwebenden politischen Probleme und die Lage der gesamten Wirtschaft würde sofort besser, wenn mit einer erträglichen Lösung dieser Probleme ausländisches Kapital dem deutschen Produktionsprozess zufließen könnte...

Wechseln anzulegen, und damit wird erzielt, dass die Banken nicht nur die ihnen zufließenden täglichen Gelder nutzbringend verwenden können, sondern auch in der Lage sind, in der Gewährung von Krediten an Industrie und Wirtschaft großzügiger als bisher zu verfahren...

Aenderung des Systems, und auf diesem Wege fortzuschreiten, und alle zweifellos auch weiterhin sich immer wieder auftauchenden Hindernisse zu beseitigen, muss das Ziel einer vernünftigen, klaren Finanz- und Wirtschaftspolitik sein...



Georg Mappes Karlsruhe Telefon 2264. Karlsruherstr. 20

Amlicke Anzeigen. Verkauf von Mantel- und Kleiderstoffen. Im Hinblick auf den Rückgang der Mantel- und Kleiderstoffe...

Grasversteigerung. Es kommt gegen Vorzahlung öffentlich zur Versteigerung: 1. Reuent: am 22. Juli, vormittags 7 Uhr...

Die während des Saison-Ausverkaufs in großer Menge angesammelten Reste kommen ab Samstag, den 19. Juli zu weifer herabgesetzten Preisen zum Verkauf W. Boländer

STADTGARTEN Sonntag den 20. Juli, vormittags von 11-12 Uhr Promenadekonzert der Schülerkapelle...

Gut Heil! Anseß-Brannwein zum Anlegen für Niere Liter 2.10 M. einschließl. Steuer

Serienzüge. Reamtin, gewandt im Hausboot, sucht sich während ihrer Ferien in gutem Hause möglichst zu machen...

Gottesdienstordnung. Karlsruhe. 4.10 Uhr Hauptbahnhof, Straßenbahnverbindung ab Schlachthof über Backstraße. Stadtkirche St. Stephan.

St. Bernhardskirche. Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: hl. Messe mit Generalkommunion des Jungfrauenvereins...

Luft-, Sonnen- und Schwimmbad. Hinter dem Hauptbahnhof. - Fernruf 731. Sonntag, 20. Juli, nachmittags 3 Uhr Sommerfest

Schwacherhaarwuchs. Trockenes Haar, Beissen, Jucken, Schuppen, Haarausfall wird mit Gg. Schneider & Sohn Brennesselhaarsaft...

Sie bereuen es nicht, wenn Sie das vornehme, bürgerliche Restaurant 'Grüner Baum' besuchen. Täglich Konzerte berühmter Oberbayer. Kapelle...

St. Nikolauskirche (Kuppel). Sonntag: 6-7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt...

Grosse Auswahl bester Solinger Taschenmesser. Rasiermesser, Rasierapparate, Rasierutensilien...

Beuron herrl. klimatischer Erholungsort im Donautal. Hotel Pelikan f. Feinschmecker erstklassig in Küche, Keller, Betten, Pension v. M. 5.- an.

Lästige Gesichtshaare werden sicher und garantiert ohne Narben entfernt. Institut für Gesichtspflege ANNY-CLÄRE LUFT

St. Nikolauskirche (Kuppel). Sonntag: 6-7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt...

Geld auf Hypotheken sucht und empfiehlt Effekten-Verkauf Aug. Schmitt Bankkommanditist Karlsruhe, Hirschstr. 43

Missa „Du süßes Jesuskind“ von Berthold W. Pmer. Diese Messe ist für zwei Stimmen und Orgel im aller einfachsten Stil komponiert...

Briefe aus der Residenz von Euschtachius Dintenmüller Angestellter 1. Gehaltsklasse. Bändchen 1 (Brief 1-20) Mf. -50

St. Nikolauskirche (Kuppel). Sonntag: 6-7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt...

Flanckuch & Co. Für die Einmachzeit Essig 32 Pf. Flanckuch & Co. Fabrikante Schreibmaschine, elektrischer Schreibapparat...

Badenia A.G. für Verlag Karlsruhe und Druckerei. In der Ordensgenossenschaft der barmherzigen Franziskanerbrüder...

Badenia Verlag u. Druckerei Karlsruhe. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen oder direkt von der

St. Nikolauskirche (Kuppel). Sonntag: 6-7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt...

Das erste Ergo... Herriot un... Das erste Ergo... Herriot un... Das erste Ergo... Herriot un...

